

Berliner Stadtblatt

SPREE
KURIER



PREIS-
RÄTSEL

Zu gewinnen:
10 Jahreskarten
für die Humboldt-Box.

Seite 6

WISSENSWERTES AUS BERLIN UND DEM BEZIRK TREPTOW-KÖPENICK · AUSGABE MÄRZ 2013

BERLIN: DIE DEUTSCHE GRÜNDUNGSMETROPOLE

Berlin ist nicht nur eine Stadt, in der es sich wunderbar leben lässt. Immer mehr Menschen entscheiden sich auch für unsere Stadt, wenn es darum geht, Ideen Wirklichkeit werden zu lassen. Insbesondere gilt das bei Unternehmensgründungen.

In keinem Bundesland gehen mehr Menschen den Schritt in die Selbstständigkeit. Seit Jahren ist Berlin die deutsche Gründungshauptstadt! Und das nicht ohne Grund. Wie kaum eine andere Stadt steht Berlin für kreatives und innovatives Denken und Arbeiten. Menschen aus aller Welt prägen ein internationales Flair. Das ist eine der wichtigen Voraussetzungen, warum sich Berlin neben dem Silicon Valley gerade zu einem führenden Anziehungspunkt für Internet-Start-Ups entwickelt. Junge Kreative ziehen innerhalb kurzer Zeit mittelständische Unternehmen hoch und schaffen in unserer Stadt Tausende Arbeitsplätze. Das ist eine großartige Chance für Berlin – und wir werden sie nutzen.

Ihr Klaus Wowereit



Sie sind Berlinerinnen – hier geboren oder zugezogen. Sie wohnen in verschiedenen Kiezen, gehen noch zur Schule, jeden Tag zur Arbeit oder engagieren sich ehrenamtlich. So verschieden sie sind, eines wollen sie alle – die gleichen Chancen und Herausforderungen wie ihre Brüder und Männer.

Foto: AKP

Die Zeit der Frauen

Gute Ausbildung, verantwortungsvolle Jobs - aber noch immer weniger Gehalt. Die Gleichstellung hat lange Zeit gebraucht. Und noch ist einiges zu tun.

Es ist die Zeit der Frauen. Sie haben eine hervorragende Ausbildung, behaupten sich in schwierigen Jobs, wagen mit eigenen Unternehmen den Sprung in die Selbstständigkeit. Gleichstellung ist für viele Frauen kein Thema mehr. Aber in der Praxis hakt es immer noch an vielen Stellen. Bei der Bezahlung, beim Aufstieg in die letzte entscheidende Position in der Firma oder bei der sozialen Sicherheit im Alter.

Vieles ist mühselig erkämpft worden. Erst im Mai 1908 durften Frauen in eine Partei eintreten, zehn Jahre später setzten sie ihr Wahlrecht durch. Und noch bis

1977 schrieb das Bürgerliche Gesetzbuch Ehefrauen vor, ihren Mann vor einer Berufstätigkeit um Erlaubnis zu fragen.

Heute sind Frauen im Berufsleben unverzichtbar. Und sie haben bei der Ausbildung die Nase vorn. Der Anteil junger Frauen auf den Berliner Gymnasien liegt bei 54%. Von den Schulabgängerinnen des Jahrgangs 2009/10 haben 49% die Hochschulreife erworben, bei den Männern nur 39%.

Bei den Einkommen macht sich das noch nicht bemerkbar. 2010 verdienten Frauen durchschnittlich 2.441 EUR im Monat und lagen damit um knapp 23% unter den Verdiensten der Männer mit

3.163 EUR, so der Genderbericht der Senatsverwaltung für Frauen. Auf Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen bei gleicher Tätigkeit macht jedes Jahr der „Equal Pay Day“ aufmerksam. Was Männer 2012 als Jahreseinkommen verdienten, haben Frauen erst am 21. März 2013 erreicht. Ihre Lohnlücke: ganze 22%. Frauenverbände, Gewerkschaften und SPD rufen deshalb am 21. März von 12 bis 14 Uhr wieder zu einer Aktion am Brandenburger Tor auf.

Im Fokus stehen dabei die Gesundheitsfachberufe. Hier sind rund 80% der Beschäftigten weiblich, die Bezahlung

ist angesichts der wachsenden Bedeutung des Bereichs viel zu niedrig. So fordern etwa die Gesundheitspolitiker in der Berliner SPD eine „dauerhafte Anhebung der Ausbildungsvergütungen und der Gehälter der Pflegenden um 30%“.

Auch in den Spitzenpositionen der Unternehmen muss sich mehr bewegen. „Ich finde es sehr schade, dass Qualifikation und Leistung allein bei Frauen oft nicht ausreichen, um in Führungspositionen zu gelangen“, sagt Berlins Frauen- und Arbeitssenatorin Dilek Kolat (SPD). „Deshalb bin ich davon überzeugt, dass wir eine gesetzliche Quote brauchen.“ **Mehr zum Thema auf S. 3**

IN DIESER AUSGABE

INVESTITIONEN

Die BVV Treptow-Köpenick hat die Investitionsplanung bis 2017 abgeschlossen.

Seite 7

HEIMATMUSEUM

Die Kooperationen zwischen Schulen und den Heimatmuseen in Treptow-Köpenick soll ausgebaut werden.

Seite 8

BERLIN IM AUFSTIEG

Der SPD-Vorsitzende Jan Stöß über das Zukunftskonzept seiner Partei

Seite 2

ENDLICH FRÜHLING

Im Überblick: Ausflugstipps, Ausstellungen und Konzerte rund um Berlin

Seite 5

VORSICHT POLLEN

So halten Sie Allergien im Zaum.

Seite 6

ZAHLE DES MONATS

11.500

Wohnungen müssen bis 2020 jährlich neu gebaut werden, um den gestiegenen Bedarf in der Hauptstadt zu decken. Nach Prognosen des Berliner Senats wächst die Stadt bis 2030 um rund 250.000 Menschen. Das entspricht einem kompletten Bezirk.

ZITAT DES MONATS

»Es gibt den wunderbaren Spruch von Karl Valentin: „Kunst ist schön, macht aber viel Arbeit!“. Ich glaube, dasselbe gilt auch für die Politik.« Klaus Staeck, Präsident der Akademie der Künste, im Interview mit hr2-kultur zu seinem 75. Geburtstag.

Mit rotem Schuh

Der Bundestagskandidat persönlich: Matthias Schmidt im Interview

Guten Tag, Herr Schmidt. Die Leute schauen sicher gleich nach unten, wenn sie Ihnen begegnen, oder? Wie viele Paar rote Schuhe haben Sie inzwischen?

Matthias Schmidt (lachend): Noch komme ich mit einem Paar aus, aber die werden schnell abgelaufen sein. Als bodenständig werde ich wahrgenommen, da ist der Blick nach unten doch legitim.

Sie sind seit neun Jahren SPD-Mitglied, seit sieben Jahren Bezirksverordneter, seit zwei Jahren Fraktions-

vorsitzender. Nun wollen Sie in den Bundestag...

Ja, ich möchte in den Bundestag, weil ich mich im Bezirk gut auskenne, die Menschen und deren Sorgen kenne. Zugleich bin ich auf Bundesebene kein Neuling. Ich habe im Bundesinnenministerium mehr als neun Jahre für Parlamentarische Staatssekretäre, die zugleich Bundestagsabgeordnete sind, gearbeitet und habe von daher eine Innensicht, die zukünftig sehr hilfreich sein wird.

Fortsetzung auf Seite 7.

Otto Wels in Friedrichshagen

Erinnerungen an Otto Wels auch vor Ort? Vor 80 Jahren stimmte er mutig gegen das Ermächtigungsgesetz

Am 23. März 1933 sprach Otto Wels als Fraktionsvorsitzender der SPD im Reichstag gegen das Ermächtigungsgesetz. Nur die SPD stimmte sich an diesem Tag dagegen.

„Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht“ - diese Worte sind vielen bekannt und lassen einen Schauer über den Rücken laufen in Anbetracht der Nazi-Schergen im und vor dem Reichstag und dem, was danach passierte. Aber ist auch bekannt, dass Otto Wels viele Jahre in der Rahnsdorfer Straße in Friedrichshagen lebte?



Einweihung der Otto-Wels-Stele 2009 durch den früheren Bezirksbürgermeister Klaus Ulbricht.

Foto: Schmitz

Dass er schon kurz nach seiner Rede von dort flüchten musste und wie es ihm danach erging?

Einige Informationen über diesen mutigen Friedrichshagener finden Sie **auf Seite 8.**

GUT FÜR BERLIN



SANIERUNGEN

In 20 der 22 in 1993 beschlossenen Berliner Sanierungsgebiete sind die Arbeiten nun abgeschlossen. Im Februar wurde der Kiez um den Teutoburger Platz im Prenzlauer Berg aus dem Programm entlassen. Insgesamt sind fast zwei Milliarden Euro in die Sanierung der Quartiere geflossen. Gerade im Ostteil der Stadt hatte es hohen Modernisierungsbedarf gegeben. Ein neuer Sanierungsplan sei bereits aufgelegt, hier stünden vermehrt Quartiere im Westteil auf der Liste, so Stadtentwicklungssenator Michael Müller (SPD).

MEHR UMSATZ

Der Berliner Zughersteller Stadler konnte seinen Umsatz im vergangenen Geschäftsjahr um 47,6% steigern. Das Unternehmen beschäftigt ungefähr 1.300 Mitarbeiter in Berlin und Umgebung. Neben der Ostdeutschen Eisenbahn gehört mittlerweile auch die BVG zu den Kunden des Zugbauers. 2015 soll die erste Stadler-U-Bahn getestet werden.

NEUE LEHRKRÄFTE

Berlin stellt in diesem Jahr 400 neue Lehrer ein. 375 der 400 Lehrkräfte hätten ihren Arbeitsvertrag bereits unterschrieben, so Bildungs-senatorin Sandra Scheeres (SPD). Damit beträgt die Personalausstattung in den Schulen 101%. Bis spätestens Mai 2013 sollen die Plätze besetzt werden.

SCHLECHT FÜR BERLIN



STROMKOSTEN

Immer mehr Haushalte in Berlin klagen über steigende Stromkosten. Daran ist u.a. die einseitige Belastung privater Haushalte schuld. Denn die knapp 3.000 energieintensiven Unternehmen werden durch die Bundesregierung von der Erneuerbare-Energie-Umlage befreit. Damit wird die Energiewende fast komplett auf die privaten Stromverbraucher umgewälzt. Menschen mit niedrigen Einkommen sind besonders betroffen, denn sie müssen prozentual am meisten zahlen.

ASBEST

In rund 48.000 der 280.000 landeseigenen Wohnungen befindet sich Asbest im Fußboden der Wohnungen. Gesundheitsgefahr gehe davon nicht aus, erklärte der Verband der Berlin-Brandenburgischen Wohnungsunternehmen. Der Stoff sei sicher gebunden und damit ungefährlich. Bei Schäden sollte die Hausverwaltung benachrichtigt werden.

So gesehen ...



Karikatur: Erich Rauschenbach

MEIN BLICK AUF BERLIN

Berlin Stadt des Aufstiegs. Für Alle.

Von Jan Stöß, Landesvorsitzender der Berliner SPD

Berlin steigt auf. Unsere Stadt ist schon lange Anziehungspunkt für Menschen aus allen Ecken der Welt, die unsere Stadt für ihre Kultur, ihre Vielfalt und ihre fast unendlichen Möglichkeiten schätzen.

Darum kommen jedes Jahr Millionen von Menschen nach Berlin, viele auch um zu bleiben. Der Tourismus hat sich in den letzten Jahren zum Wirtschaftsmotor unserer Stadt entwickelt. Aber auch als Wirtschaftsstandort wird Berlin immer attraktiver. Vor allem junge Unternehmerinnen und Unternehmer gründen hier eigene Firmen und nutzen die Nähe zu Forschung und Kultur.

Berlin ist attraktiv. Berlin zieht an. Viele Menschen mit guten Qualifikationen können die neuen Chancen nutzen, die unsere Stadt ihnen bietet, zu viele aber leider noch nicht. Auch diese negativen Seiten des Aufstiegs können wir jeden Tag beobachten. Wir sehen z.B., dass Bewohnerinnen und Bewohner aus ihren Kiezen verdrängt werden, weil ihre niedrigeren Einkommen mit der Mietpreisentwicklung nicht Schritt halten können. Die Berliner SPD wird dafür kämpfen, dass unser Berlin nicht Stadt des Aufstiegs nur für einige, sondern Stadt des Aufstiegs für alle wird.

Aufstieg für alle schaffen wir vor allem durch gute und gebührenfreie Bildung von der Kita bis zur Hochschule, durch eine moderne Arbeitsmarktpolitik, die niemanden ab-



Jan Stöß

schreibt, und durch eine Wirtschaftspolitik, die dafür sorgt, dass weiter gute Arbeit zu fairen Löhnen in unsere Stadt kommt. Und wir wollen, dass es bezahlbaren Wohnraum in allen Teilen Berlins gibt.

Darum haben Klaus Wowereit, Raed Saleh und ich das Papier „Berlin – Stadt des Aufstiegs“ verfasst. Gerade im Bundestagswahljahr müssen wir deutlich machen: Es macht einen Unterschied wer regiert und wer nicht! Wir wollen dieses Jahr nutzen, um die Positionen der Berliner SPD auch im Bund deutlich zu machen, damit nicht nur in unserer Stadt sondern im ganzen Land gilt: Aufstieg für alle.

Wo graste das Pferd?

Lebensmittel-Skandale: Der Betrug ist zu einfach. Und wäre zu verhindern gewesen.

Verbraucher haben es nicht leicht. Denn das, was sie verbrauchen, wollten sie häufig gar nicht haben. Ob falsch etikettierte Eier oder beigemischtes Pferdefleisch – man muss nicht mehr ins Dschungelcamp fahren, um das Essen zur Mutprobe werden zu lassen.

Und dann mussten die arglosen Käuferinnen und Käufer auch noch mit Vorwürfen leben. Sie selbst seien schuld an solchen Entwicklungen mit ihrer „Geiz ist geil“-Mentalität, so erste Reaktionen nach dem Pferdefleisch-Skandal. Bei Lasagne für 1,49 Euro müsste doch jede und jeder wissen, dass es nicht mit rechten Dingen zugehe. Nein, muss man nicht.

Und der Bio-Eier-Skandal beweist ja das Gegenteil. Da gaben viele Menschen eigens etwas mehr Geld aus, um Hühnern eine qualvolle Haltung zu ersparen. Und dann zeigen die Bilder aus den Ställen doch wieder erbarmungswürdige Zustände mit gerupften Hennen. Ein höherer Preis kann auch einfach nur die Gewinnspanne der Betrüger erhöhen.

Betrug und Kriminalität, auch im besonders sensiblen Bereich der Lebensmittel, lassen sich nirgendwo hundertprozentig vermeiden, sagt die Lebenserfahrung. Aber leicht gemacht werden darf es Betrugern auch nicht. 2011 scheiterten die Sozialdemokraten

im Europäischen Parlament mit ihrem Plan, eine verpflichtende Herkunftskennzeichnung für verarbeitetes Fleisch und eine elektronische Kennzeichnung von Rindern durchzusetzen. Die konservative Mehrheit fand das, was sie heute selbst fordert, unpraktisch.

Dann aber wäre die Herkunft des Fleisches schon jetzt im Detail nachvollziehbar gewesen. Oder wie es die Berliner Europaabgeordnete Dagmar Roth-Behrendt (SPD) formuliert: „Bei der falschen Kennzeichnung von Pferdefleisch als Rindfleisch hätte man mit nur einem Computerklick feststellen können, dass die Kuh mitnichten zer-

teilt in Frankreich in der Fabrik liegt, sondern stattdessen lebendig und wohlgenut auf einer Wiese in Deutschland, Irland oder woanders grast.“

Verbraucher wollen und müssen sich auf die Herstellerangaben verlassen können, die ohnehin schon zu oft im Kleingedruckten der Etiketten versteckt sind. Danach entscheiden dann Geschmack und der Geldbeutel. Das bedeutet mehr Kontrollen der staatlichen Aufsichtsämter, auch dann, wenn noch kein Skandal entdeckt ist, und eine regelmäßige Veröffentlichung der Ergebnisse. Und das geht nicht mit „weniger Staat“, wie es manche Partei noch immer propagiert. U.H.

Es klingt nur ähnlich

Ein Mindestlohn ist mehr als eine Lohnuntergrenze oder: Was wirklich hinter den beiden Begriffen steckt

In kaum einem Punkt sind die Deutschen so einig wie beim Mindestlohn: In Umfragen unterstützen rund achtzig Prozent der Befragten seine Einführung. Seit der Bundesrat am 1. März einem flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro zugestimmt hat, wächst der Druck auf die Bundesregierung. Schwarz-Gelb reagiert darauf – mit Begriffsverwirrung und angekündigter Verweigerung.

Der Bundesrat, in dem seit der Niedersachsen-Wahl die rot-grün geführten Bundesländer eine Mehrheit haben, will mit seinem Gesetzentwurf eigentlich eine Selbstverständlichkeit regeln: Wer eine Vollzeitstelle hat, soll von seinem Verdienst le-

ben können, ohne dass der Lohn noch vom Jobcenter aufgestockt werden muss.

Aufstocker sind mit rund einem Drittel heute die größte Gruppe der Hartz-IV-Empfänger. Kein Wunder: In den ostdeutschen Ländern liegt der durchschnittliche Stundenlohn geringfügig Beschäftigter unter 6,50 Euro, in Sachsen gibt es auch mal 3,82 Euro pro Stunde – der Lohn einer dort arbeitenden Friseurin.

Ohne Mindestlohn reichen aber auch die Einzahlungen in die Rentenkasse nicht – schon heute ist damit Altersarmut programmiert.

Ein Mindestlohn zieht so etwas wie eine Untergrenze ein, unter die Löhne nicht fallen dürfen – in jedem Bundesland, für jede Berufssparte und gesetzlich.

Hinter den „Lohnuntergrenzen“, wie sie Schwarz-Gelb unter großem Gezerre nun zugestehen will, verbirgt sich jedoch etwas anderes. Sie sollen nur für Branchen gelten, in denen es bislang keine Tarifverträge mit entsprechenden Regelungen gibt. Das würde tariflich Beschäftigte mit niedrigeren Löhnen ausschließen, genauso wie Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter.

Statt einer klaren und eindeutigen Regelung mit einem einklagbaren Recht für alle entstünde ein Dickicht von unterschiedlichen Vereinbarungen.

Auch wenn die Begriffe ähnlich klingen: Nur wo Mindestlohn drauf steht, ist auch Mindestlohn drin.

U.H.

STIMMEN ZUM AUFSTIEG

■ **Dr. Peter Neher, Caritas-Präsident:** »Jeder Mensch hat Talente und Fähigkeiten. Befähigung heißt, Kindergärten, Schulen und auch Sozialsysteme so zu gestalten, dass sie Menschen stärken. Die Gesellschaft muss früh bei Kindern und Jugendlichen den Grundstein für die Möglichkeit des sozialen Aufstiegs legen.«

■ **Wolfgang Stadler, Bundesvorsitzender der AWO:** »Das Netz von Institutionen, die Familien, Kindern und Jugendlichen beratend und unterstützend zur Seite stehen, muss so dicht werden, dass jede Familie, die Hilfe benötigt, diese auch bekommt. Dafür muss die Zahl der pädagogischen Fachkräfte entsprechend erhöht werden. Jeder Euro, der in Kinder investiert wird, muss als Investition in die Zukunft verstanden werden.«

■ **Sigmar Gabriel, SPD-Vorsitzender:** »Aufstieg durch Bildung und Arbeit: Das war und ist das Kernversprechen der Sozialdemokratie.«

IMPRESSUM

Herausgeber: SPD Landesverband Berlin, Müllerstr. 163, 13353 Berlin
Chefredakteur: Mark Rackles (Vi.S.d.P.) **Redaktion:** Ulrich Horb (CvD), Gunter Lange, Ulrich Rosenbaum, Josephine Steffen **Bezirksredaktion:** Ulrike Dehmel, Heiko Henschke (Mitte), Burkhard Hawemann, Kai Doering (Friedrichshain-Kreuzberg), Martina Krahel, Lucas Koppohl (Pankow), Robert Drewnicki (Charlottenburg-Wilmersdorf), Helene Sommer, Susanne Finsel (Spandau), Hans Kegel (Tempelhof-Schöneberg), Lisa Maren Bürger (Steglitz-Zehlendorf), Heinz Stapf-Finé, Frank Folger (Neukölln), Ralf Thies (Treptow-Köpenick), Enrico Stoelzel (Marzahn-Hellersdorf), Christian Paulus (Lichtenberg)
Anschrift: Berliner Stadtblatt, Müllerstr. 163, 13353 Berlin, info@berliner-stadtblatt.de, berliner-stadtblatt.de
Grund-Lay-out: Projektdesign Berlin
Gestaltung: koko-berlin.de **Anzeigen:** Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH, anzeigen@vorwaerts.de **Druck:** Henke Pressdruck GmbH & Co. **KG Auflage:** 360.000 Exemplare

Drei Berlinerinnen: Ihre Ideen und ihre Projekte

44.267 Neugründungen gab es 2011 in Berlin. Berlin ist zur Hauptstadt der Start-ups geworden. Und immer mehr Frauen setzen ihre Ideen um.

ULRIKE PIECHA
„Berlin ist toll für junge Leute“ Ulrike Piecha ist erfolgreiche Gastronomie-Gründerin.

Das Kulinarische Kino war auch dieses Jahr fester Bestandteil der Berlinale. Wer im Spiegelzelt neben dem Abgeordnetenhaus hinter den

rian“ in Düsseldorf, eröffnete in Brasilien ein Bistro, doch das reichte ihr nicht. Sie studierte in Pollenzo bei Turin an der Slow-Food-Universität, die eng mit Berlinale-Chef Dieter Kosslick kooperiert. So kam sie nach Berlin, kaufte in der Kreuzberger Marheinike-Halle das „Bio-Buffer“. Den Erfolg kann man jeden Tag sehen:



Vorhang zur Küche schaute, sah, wie hier eine junge Frau Regie führte: Ulrike Piecha, 33, alleinerziehende Mutter, aufgewachsen auf Rügen. Sie machte dort Abitur, doch ihr Traumberuf war Köchin. Sie ging nach Frankreich, machte dann eine Lehre im Sterne-Restaurant „Victo-

Die Gäste stehen Schlange nach dem Bio-Hamburger. „Berlin ist toll für junge Leute“, sagt Ulrike Piecha. „Hier kann man alles ausprobieren. Und die Kiezstruktur sorgt zugleich für Kleinstadt-Wärme.“ Inzwischen ist ihre jüngere Schwester dazu gestoßen, eine ausgebildete

Konditorin, und demnächst wollen die beiden auch noch den besten Kuchen von Berlin anbieten. U.R.

JOSEFINE STAATS
Einen Traum verwirklicht. Josefine Staats sorgt für 100 % Kokosnuss.

Selbstverständlich hat sie wieder einen Stand beim Karneval der Kulturen. Aber ihre Produkte haben auch in den Regalen kleiner Bioläden, der BioCompany, der LPG oder der Galeria Kaufhof Einzug gehalten. Überall sorgt Josefine Staats (38) für „100 % Kokosnuss“.

Angefangen hatte es 2007 mit einer Pina Colada direkt aus der grünen Kokosnuss am Strand von Thailand. Von da an wollte Josefine Staats hochwertige Kokosnussprodukte nach Deutschland bringen. Ein Jahr später gründete sie in Berlin „wirklich am Küchentisch“ ihre Firma Kulau. Geld liebte sie sich von Freunden, von der Familie. Ein mutiger Schritt: In der Lebensmittelbranche war sie noch fremd, studierte hatte sie Wirtschaft. In Brüssel



hatte sie zuletzt Firmen bei EU-Förderanträgen beraten. In Berlin fand sie 2008 ideale Bedingungen für den Firmenstart, in Asien suchte sie Produzenten, die Bio-Qualität garantieren konnten. Heute bietet sie frische grüne Kokosnüsse, Kokosnusswasser und -öl an, sowie Kokosblütenzucker in drei Geschmacksrichtungen. Verkaufsschlager ist Kokoswasser. „Das einzige natürliche isotonische Getränk“, so die Firmengründerin. U.H.

NIKE MARQUARDT
Eine Chance für neue Ideen. Nike Marquardt startet das Magazin „STILL“.

Auflagen sinken, vielen Zeitschriften droht die Einstellung. Nike Marquardt, 28, setzt dennoch auf ein neues gedrucktes Magazin, das dieser Tage erscheint. „STILL“ vereint junge Fotografie und Literatur. „Eine Kombination, die es so bisher nicht gab“, ist die Berlinerin überzeugt. Sie hat Politologie studiert, war in der Politikberatung tätig, seit einem Jahr ist sie PR-Beraterin in einer Agentur. Abends ist sie unterwegs in der Berliner Szene, hat viele kreative Köpfe kennengelernt. Mit ihnen und einem Mitherausgeber

ber macht sie nun ihr Magazin „für die stillen Kunstformen, die nur auf dem Papier leben“. Auf der Internetplattform „startnext.de“ hat sie das Projekt vorgestellt und Geld für die Erstausgabe gesammelt. Freunde wurden mobilisiert, neue Interessenten gewonnen. „Crowdfunding“ heißt das, Unterstützer sind mit Minibeträgen ab 9 Euro dabei. Die mehr als 3.100 Euro reichten für den Druck der ersten tausend Hefte. In Berlin, sagt Nike Marquardt, gibt es mehr Konkurrenz, aber auch mehr Chancen, Ideen umzusetzen. Jetzt geht es an die zweite Ausgabe. Noch bleibt die Arbeit unbezahlt. Vielleicht nicht mehr lange. U.H.



Von Familienernährern und Gleichstellungsbremsen

Frauen sind immer noch im Nachteil, wenn es um gleiche Startchancen, Gehälter und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf geht.

Das Ziel „absolute Gleichstellung“ scheint noch in weiter Ferne. Eine Zustandsbeschreibung.
Frauen in Vorständen von Dax-Unternehmen? So gut wie Fehlanzeige: Unter zehn Prozent liegt ihr Anteil. Und Vorstandsvorsitzende gibt es keine einzige. Das hat die Debatte um Quoten in Wirtschaftsunternehmen verstärkt. Zwar haben die Mütter des Grundgesetzes einen Artikel 3(2) durchgesetzt, der besagt: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“ Rechtlich scheint die Gleichheit also gesichert, doch der Teufel steckt im Detail und heißt zum Beispiel Aktiengesetz. Die SPD schlägt hier eine konkrete Änderung vor, die Unternehmen mit einer Beschäftigtenzahl von über 15 MitarbeiterInnen verpflichtet, eine Frauenquote in den Führungspositionen von zunächst 20 und später 40 Prozent zu garantieren. Das Gesetz wurde von der schwarz-gelben Bundesregierung abgelehnt. Gerade in der Frauenpolitik werden die Konflikte



Gleichstellung kommt nicht von allein: Frauen engagieren sich für ihre Rechte. Foto: Horb

zwischen Regierung und Opposition deutlich. Statt eines 1,2 Milliarden Euro teuren Betreuungsgeldes als Ersatzleistung für notwendige Kitaplätze, setzen die SPD-geführten Bundesländer weiter konsequent auf den Kitausbau. Berlin liegt da mit einer Quote von 93 Prozent bei den 3- bis 6-Jährigen deutlich an der Spitze. Um 20.000 Kitaplätze wird

die Berliner Kindergarten-Landschaft bis Ende 2015 erweitert, so Bildungsministerin Sandra Scheeres (SPD). Aktiengesetz und Kitaplatz- ausbau sind Stellschrauben, die Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern ermöglichen können. Sind mehr Frauen sichtbar in Spitzenfunktionen, erhöht dies die Motivation junger Frauen, eigene Karrierewege zu ge-

hen. Haben Frauen die Möglichkeit, Beruf und Familie unter einen Hut zu bekommen, verringert sich deutlich das Risiko von Altersarmut. Denn: Wer durch lange Erziehungszeiten im Job aussetzen muss, kann nur in geringem Maße für die Rente vorsorgen. Mit den Jahren haben sich früher sinnvolle Instrumente zu Gleichstellungsbremsen

entwickelt. Die Möglichkeit der geringfügigen Beschäftigung war vormals vor allem für Studierende, Rentner und im geringen Maße für hinzuverdienende Ehefrauen gedacht. Heute sind Niedriglöhne ein Massenphänomen, das zu dem auch noch weiblich geprägt ist. Damit werden altergebrachte Rollenmodelle wie der „Familienernährer Mann“ zementiert und die Grundbausteine für Altersarmut und Einkommensunterschiede gelegt. Zudem: Niedriglöhne hinterlassen nicht nur leere Konten bei Frauen,

sie schwächen auch insgesamt die sozialen Sicherungssysteme und verursachen Kosten für die Allgemeinheit. Aus diesem Grund fordern die Oppositionsparteien im Deutschen Bundestag, allen voran die SPD, die Umwandlung von gering bezahlten Minijobs und Teilzeitarbeit in reguläre Arbeitsverhältnisse. Die sichernde Sozialversicherung soll ab dem 1. Euro Gehalt eingeführt und Erleichterungen im Steuer- und Sozialversicherungsrecht für Geringverdienende ermöglicht werden. JoS

FAKTEN ZUR GLEICHSTELLUNG

- 2013 waren von ca. 180 Vorstandsmitgliedern aller im DAX notierten Unternehmen 15 weiblich. Das entspricht einem Anteil von 8 %. Kein einziges Unternehmen hat eine weibliche Vorstandsvorsitzende.
- Mehr als die Hälfte aller Hochschulabsolventen ist weiblich.
- Im Schnitt verdienen Frauen in Deutschland 22 % weniger als Männer. Das bedeutet: Für ein gleich hohes Jahreseinkommen müssen Frauen 14,5 Monate lang arbeiten. Oder anders gesagt: Frauen arbeiten von Januar bis Mitte März unentgeltlich.
- Selbst bei gleichwertigen Bildungsabschlüssen werden Frauen zwischen 8 und 13 % schlechter bezahlt als ihre männlichen Kollegen.
- 2011 waren 79,1 % aller Teilzeitbeschäftigten weiblich. Insbesondere in Westdeutschland ist diese Form weitverbreitet, mit schwerwiegenden Folgen: 2011 erhielten Männer im Westen durchschnittlich 868 Euro Rente, Frauen dagegen nur 484 Euro, also fast 50 % weniger.

Berlins Lehren aus der Geschichte

Die Ausstellung „Zerstörte Vielfalt“ zeigt Menschen, Lebenswege und Stadtgeschichte

Die Verluste werden sichtbar. Auf großen Säulen sind in einer Ausstellung am Lustgarten Bilder und Lebensläufe zu finden. Sie zeigen Künstlerinnen und Künstler, Männer und Frauen aus Wissenschaft und Politik, die die Stadt bereichert haben. Sie hätten noch viel für sie geleistet, wenn sie nicht von den Nazis verfolgt und unterdrückt, ins Exil gezwungen oder ermordet worden wären. Unter ihnen auch Albert Einstein, Claire Waldoff oder Bertolt Brecht.

Achtzig Jahre nach der Machtübergabe an die Nationalsozialisten und 75 Jahre nach den Novemberpogromen wird in Berlin mit Ausstellungen und Veranstaltungen an die Zeit zwischen 1933 und 1945 erinnert und zugleich ein Blick nach vorn geworfen. Für Berlins Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit heißt



Die Ausstellung mit Porträtsäulen ist jetzt am Lustgarten zu sehen.

Foto: Horb

die Lehre: „Weltoffenheit, Vielfalt und Toleranz sind Werte, um die wir uns gemeinsam und jeder in seinem persönlichen Umfeld bewusst küm-

mern müssen, das ist eine unserer Kernbotschaften des Themenjahres.“ Und dafür haben sich mehr als 120 Einrichtungen, darunter Museen, Vereine,

Verbände, Stiftungen, Unternehmen, Galerien, Gedenk-, Dokumentations- und Erinnerungsstätten, zusammengetan. Neben der Porträtausstel-

lung, die nach einer Station am Brandenburger Tor mit ihren bald 200 Lebensläufen jetzt am Lustgarten zu sehen ist, gibt es viele weitere Ausstellungen. 40 der stadtweiten Projekte zum Themenjahr zeigt das Deutsche Historische Museum bis zum 10. November in einem Überblick.

Am Wittenbergplatz, dem Tempelhofer Feld oder am Potsdamer Platz sind Stadtmarkierungen zu finden, die an die dortigen Ereignisse erinnern, an die Enteignungen und Verfolgungen, an die Zerstörung der Vielfalt, die Berlin einst ausgemacht hat und heute wieder ausmacht.

Konzerte, öffentliche Führungen und viele bezirkliche Aktivitäten sind zu entdecken. Alle Informationen und Termine gibt es übersichtlich auf einer Themenseite im Internet: www.berlin.de/2013. U.H.

GESCHICHTE

OTTO WELS

Der Tag, der ihn unvergessen machte, ist der 23. März 1933. In der letzten freien Reichstagsrede wendet sich der SPD-Fraktionsvorsitzende Otto Wels gegen das Ermächtigungsgesetz der Nationalsozialisten. Die kommunistischen Abgeordneten sind bereits verhaftet, viele SPD-Abgeordnete wurden massiv bedroht, SA-Leute sind im Saal. Dennoch stimmen die SPD-Abgeordneten mit Wels gegen das Gesetz, das den Nazis freie Hand für ihre Diktatur gibt. „Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht“, sagt Wels. Der in Friedrichshagen lebende Sozialdemokrat wird im August 1933 ausgebürgert. In Prag baut er die Exilorganisation der SPD auf, 1938 stirbt er in Paris.

NOTIZEN AUS BERLIN

MEHR JOBS

Entgegen dem Bundestrend setzt sich in Berlin der Rückgang der Arbeitslosigkeit fort. So waren im Februar in Berlin 217.507 Arbeitslose gemeldet, 1.564 weniger als im Vormonat und 10.630 weniger als vor einem Jahr. Gleichzeitig wächst die Zahl sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse in der Stadt. Im Jahr 2012 entstanden 34.500 neue Arbeitsplätze, eine Steigerung von 2,9 Prozent. Der bundesdeutsche Durchschnitt lag nur bei 1,2 Prozent. Arbeitsministerin Dilek Kolat sieht darin eine Bestätigung der aktuellen Arbeitsmarktpolitik. Ihr gehe es aber auch um faire und gesunde Arbeitsbedingungen und eine existenzsichernde Entlohnung, sagte sie. Es können nicht sein, dass „Menschen, obwohl sie einer Erwerbstätigkeit nachgehen, auf aufstockende Lei-

stungen der Jobcenter angewiesen sind, weil ihr Einkommen nicht ausreicht“.

S-BAHN

Nach Angaben des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg kam es 2012 allein aufgrund von Problemen mit dem Schienennetz zu rund 11.000 Zugausfällen und Verspätungen. Hauptursache waren Überalterung und schlechte Wartung der Weichen, Stellwerke und Signalanlagen. Hinzukommen weitere Störungen, etwa in den Zügen. So gab es dadurch allein im letzten Dezember 6698 Verspätungen und 4411 Zugausfälle. Damit „lieferte“ die Bahn gerade einmal 87,4 Prozent des bestellten Angebots. Im Januar behielt das Land Berlin wieder rund 430.000 Euro an Zuschüssen ein. Zwischen 2010 und 2012 wurden insgesamt 97,5 Millionen Euro einbehalten.

Die Verdrängung verhindern

Experten fordern mehr Wohnungsbau und ein sozialeres Mietrecht

Familie Faber* muss ihrem geliebten Prenzlauer Berg bald den Rücken kehren. Vor 15 Jahren waren Maren und Jürgen als Studenten in den Kiez gekommen. Heute sind sie eine fünfköpfige Familie und harren in 2 ½ Zimmern aus, nur um in der gewohnten Umgebung bleiben zu können.

Jetzt ist das Mietshaus verkauft worden und soll modernisiert werden. Die 11 % Mieterhöhung, die der Vermieter nehmen darf, werden sie sich nicht leisten können. Fabers hoffen derzeit auf eine gute Abfindung und die Möglichkeit, eine Wohnung im Genossenschaftswesen zu beziehen - wenigstens in Weißensee.

Was die Fabers erleben, betrifft immer mehr Familien in Großstädten. Gerade auch in Berlin werden Wohnungen knapp und damit teurer.

„Die steigenden Mieten bela-



In begehrten Kiezen wächst der Druck auf die Mieter. Foto: Horb

sten nicht nur Geringverdiener und einkommensschwache Haushalte, sondern zunehmend auch die Mittelschicht“, stellt Swen Schulz, Berliner SPD-Bundestagsabgeordneter, fest. Zu steigenden Kaltmieten kommen zunehmende Energiekosten. Mit der Folge, dass die Wohngesamtkosten heute nicht selten 50 % des Haus-

haltseinkommens aufzehren. Die Einkommensentwicklung bleibt weit hinter dem gesetzlich zulässigen Mietanstieg zurück.

„Um Wohnraum bezahlbar zu halten, muss der Wohnungsmangel wirkungsvoll entgegengewirkt werden, so wie das in Berlin jetzt passiert“, sagt Schulz. „Neben flankie-

renden Maßnahmen durch finanzielle Unterstützung wie Heizkostenzuschuss und Zuschussförderung beim altersgerechten Umbau, muss eine soziale Wohnraumförderung aktiviert werden. In Städten mit angespanntem Wohnungsmarkt wie Berlin, ist der Neubau von Sozialwohnungen unumgänglich. Daneben sind neue Ideen des genossenschaftlichen Wohnens gefragt.“

Die SPD-Bundestagsfraktion hat ein Konzept vorgelegt, das die Förderung des genossenschaftlichen Wohnens, die sozial gerechte Verteilung von Energiekosten, eine Deckelung des Mietanstiegs bei Neuvermietung und die sozialverträgliche energetische Sanierung vorsieht (<http://goo.gl/VDpCR>). Schulz: „Gute und energiesparende Wohnungen müssen für alle erschwinglich sein.“ B.B. (*Namen geändert)

Viel Raum für Freizeit und Erholung

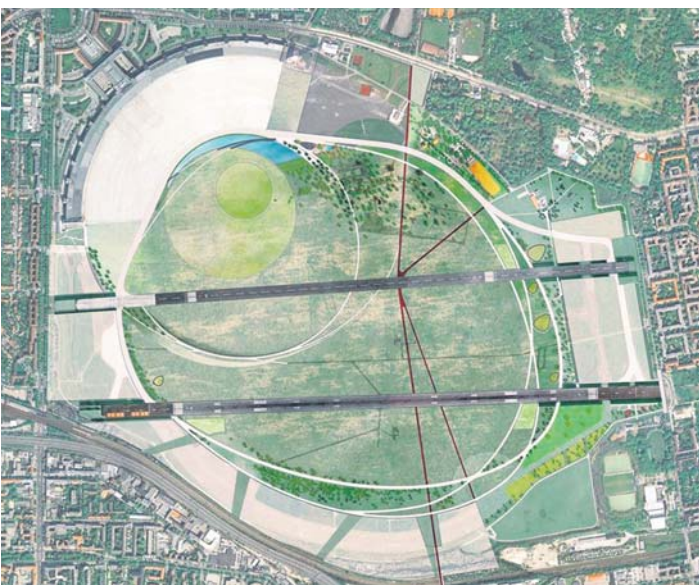
Tempelhof bleibt vor allem grün - auch mit dem geplanten Wohnungsbau an den Randgebieten.

Offenheit und Weite, wie sie in Großstädten kaum zu finden ist, bestimmen das Bild, ein Gefühl von „Tempelhofer Freiheit“ kommt nach den ersten Schritten auf. Und das soll auch so bleiben, wenn am Rande des alten Flughafengeländes Wohnungen und die geplante Landeszentralbibliothek entstehen. „Das, was heute als Park von den Berlinerinnen und Berlinern so gerne genutzt wird, bleibt natürlich auch in Zukunft unbebaut“, stellt Stadtentwicklungssenator Michael Müller (SPD) klar.

Ein Volksbegehren fordert jetzt, dass auf dem Tempelhofer Gelände gar nichts verän-

dert werden soll. Gerhard W. Steindorf, Geschäftsführer der Tempelhof Projekt GmbH, hält das für falsch: „Sollte das Volksbegehren erfolgreich sein, wäre es nicht mehr möglich 4.700 neue, dringend benötigte Wohnungen für Berlin zu bauen. Flächen für ca. 7.000 Arbeitsplätze könnten am Rand des Tempelhofer Feldes nicht realisiert werden.“

Auch der benötigte Ersatzbau für die bislang auf zwei Standorte verteilte Landeszentralbibliothek (LZB) würde entfallen. Dabei, so Volker Heller, Direktor der LZB, nehme die Bibliothek dem öffentlichen Raum keine Fläche weg,



Tempelhof bleibt grün: Eine 240 Hektar große Freifläche, so groß wie der Hyde Park, ist Kernbereich der Planung. Quelle: SenStadt

sondern sei Teil des öffentlichen Raums. „Das bedeutet eine enorme Bereicherung für die Freizeitfläche Tempelhofer Feld, weil hier Angebote zu Bildung und Informationen, Möglichkeiten zu arbeiten, zur Meinungsbildung und zum Meinungsaustausch bis hin zur Selbstorganisation von Meinungsgruppen frei zugänglich sind“, sagt Heller.

Stadtentwicklungssenator Michael Müller stellte die Pläne für Tempelhof Anfang März vor. An den Rändern des Feldes - und nur dort - sollen neue Wohnungen entstehen. Müller: „Wir alle wollen möglichst bezahlbaren Wohnraum in der

Stadt. Berlin wächst, es kommen Menschen in der Größenordnung eines ganzen Bezirks in Zukunft neu in unsere Stadt, die Nachfrage nach Wohnraum wächst mit. Wir brauchen also dringend mehr Wohnungen und müssen dafür neue bauen - in der ganzen Stadt.“ Und auch in den drei geplanten Wohnquartieren entstehen neue Grünflächen, zwischen 30.000 und 90.000 Quadratmeter groß. „Der Tempelhofer Park bleibt und neuer Wohnraum entsteht“, so Müller.

Im denkmalgeschützten Flughafengebäude wird derzeit ein Kreativ- und Gründerzentrum geschaffen. U.H.

Vom Eise befreit sind Strom und Bäche...

Was man in den kommenden Wochen in Berlin und Umgebung erleben kann. Auch Konzerte und Ausstellungen stehen auf dem Kalender

„Im Märzen der Bauer ...“ Nur: Wo sind sie geblieben in Berlin, die Bauern. Als die Mauer noch stand, gab es für die West-Berliner ein Ziel: das Bauerndorf Lübars im Norden von Reinickendorf. Nach wie vor lohnt ein Ausflug dorthin. Auch die Domäne Dahlem ist ein landwirtschaftlicher Betrieb mit Tieren, Gemüseanbau, Hofladen und Märkten.

Doch wer das Landleben in der Stadt original erleben möchte, sollte sich auf den Weg nach Gatow machen. Der Vierfelderhof an der Straße 264 bietet Öko-Landwirtschaft zum Mitmachen. Vor allem an Kinder ist gedacht. Was gerade los ist, erfährt man auf www.vierfelderhof.de.

Größer noch ist das Angebot für Gartenfreunde. Natürlich denkt man zuerst an die „Gärten der Welt“ in Marzahn, aber auch der Britzer Garten ist gerade im Frühjahr einen Besuch wert. Und natürlich der Botanische Garten in Dahlem sowie die Königliche Gartenakademie gleich gegenüber. Gerettet ist dank der Initiative von Kreuzberger



Unterwegs beim Frühlingsspaziergang nach Gut Hirschau.

Foto: Ulrich Rosenbaum

SPD-Kommunalpolitikern der Prinzessinnengärten am Moritzplatz, ein mittlerweile weltbekanntes Beispiel des Urban Gardening. Im März sprießt es dort wieder – einfach reingehen!

Und natürlich lockt das brandenburgische Umland. Wie wäre es zum Beispiel mit einem Ausflug ins Oderbruch? An den Oderhängen bei Lebus

blüht das vom Aussterben bedrohte Adonisröschen. Wer es nicht verpassen will, fährt am 14. April zum Adonisröschenfest nach Lebus. Alle Tipps auf www.amt-lebus.de. Wunderbare Fischgerichte kann man im Anglerheim von Lebus genießen. Oder in Schecherts Hof in Marxdorf. Gute Küche bietet auch der Gasthof Wagner in Golzow, und

anschließend kann man das Filmmuseum der „Kinder von Golzow“, der Hauptdarsteller einer Langzeit-Dokumentation des DDR-Fernsehens, besuchen.

Wer nicht so weit in Richtung Oder fahren möchte, fährt in Fürstenwalde-Ost von der Autobahn ab nach Rietz-Neuendorf, Ortsteil Birkholz. Hier lockt das weitläufige Gut

Hirschau zum Frühlings-spaziergang frei nach Goethe: „Vom Eise befreit sind Strom und Bäche...“. Auf der einen Seite die buntgefleckten märkischen Sattelschweine, die frei herumtollen, auf der anderen Gatterwild von Rehkitzen bis zu röhrenden Zwölfendern. Speisen kann man in der Guts-Gaststätte. (www.gut-hirschau.de).

Und was bietet die Berliner Kulturszene? Für Klassikfreunde gibt es im Berliner Dom szenische Aufführungen von Bachs Johannes-Passion. Opernhäuser und Philhar-

monie stehen im Zeichen des Wagner-Jahres. Bei Maerz-Musik, dem Festival aktueller Musik, kommen besonders Freunde des Schlagzeugs auf ihre Kosten. Popfans dürfen dem Auftritt von Joe Cocker am 24. April in der O2 World entgegenfiebert. Wer sich für Kunst entscheidet, findet interessante Ausstellungen. Im Nordbahnhof kann man etwas über Grenz- und Geisterbahnhöfe im geteilten Berlin erfahren, im Bundesfinanzministerium über den Volksaufstand vom 17. Juni 1953. U.R.

Zeitreise ins alte Ägypten

Nofretete und Tutanchamun treffen sich in Berlin



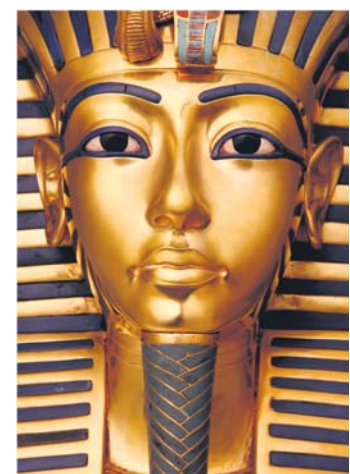
Figur des Tutanchamuns als Harpunerier.

Es ist eine Art Familienzusammenführung, die in diesen Tagen in Berlin stattfindet. Noch bis 13. April ist im Neuen Museum auf der Museumsinsel eine Sonderausstellung zur Amarna-Zeit des frühen Ägyptens zu sehen. In ihrem Mittelpunkt steht Nofretete, im 14. Jahrhundert vor Christus Hauptgemahlin des Pharaos Echnaton. Seit 1912 ist die Büste der „Schönen“ im Ägyptischen Museum zu bewundern. Jetzt kommt ihr Schwiegersohn Tutanchamun in die Stadt.

In der „Arena“ in Treptow ist dafür ein Ausgrabungsfeld entstanden, 4.000 Quadratmeter groß. Hier ist bis zum September eine Nachbildung des Grabschatzes zu entdecken – ganz so, wie er 1922 vom britischen Archäologen Howard Carter vorgefunden worden war. 1.000 ausgestellte Objekte vermitteln einen Eindruck vom einst fast unversehrten Pharaonengrab.

Vor Betreten des Grabs lernen die Besucherinnen und Besucher in einer multimedialen Einführung die Biografie Howard Carters, die Geschichte Tutanchamuns und die Kultur Ägyptens kennen.

Die Repliken befinden sich mit der Ausstellung auf Wanderschaft durch Europa, 3,5 Millionen Besucher hatte die Ausstellung auf ihren bisherigen 11 Stationen. Original-Fundstücken, wie sie in der Amarna-Ausstellung zu sehen sind, wäre die Tour nicht zumuten gewesen. Und die Rekonstruktion anhand von Fotografien und Aufzeichnungen bietet einen Anblick, der sonst an einem Ort nicht realisierbar gewesen wäre. So zeigt etwa die Amarna-Ausstellung mit ihren 400 Objekten nur einen Bruchteil der Depot-Schatze des Ägyptischen Museums, aber immerhin 50 dazugehörige Leihgaben u.a. aus dem Metropolitan Museum of Art, aus dem Louvre und dem British Museum. U.H.



Goldmaske von Tutanchamun

Fotos: A.-M. v. Sarosdy / © Semmel Concerts GmbH

■ „Im Licht von Amarna - 100 Jahre Fund der Nofretete“, bis 13. April 2013, Neues Museum, Bodestr. 1, täglich 10–18 Uhr, Do 10–20 Uhr, Eintritt 14 Euro, erm. 7 Euro ■ „Tutanchamun – Sein Grab und die Schätze“, 9. März bis 1. September 2013, Arena Berlin, Eichenstr. 4, 12435 Berlin, täglich 10–18 Uhr (letzter Einlass 17 Uhr), Eintritt 17 Euro, erm. 9 Euro. (Sa und So 19 Euro), Tickets 030/ 479 974 77

Unter Einsatz des Lebens

MENSCHEN, DIE DIE STADT BEWEGEN: INGE DEUTSCHKRON

„Wow, sie soll 90 Jahre alt sein?! Großartige Lesung.“ Dieses Kompliment gilt Inge Deutschkron. Nachzulesen im Internet als Reaktion auf ihre viel beachtete Rede am Holocaust-Gedenktag im Deutschen Bundestag.

Sie selbst sagt, sie empfinde es als ihre Pflicht, „die lückenlose Wahrheit niederzuschreiben. Präzise und emotionslos, so wie ich

es mit meinen eigenen Augen gesehen hatte“. Denn die Journalistin und Schriftstellerin Inge Deutschkron, die am 23. August 1922 in Finssterwalde geboren wurde und in Berlin aufgewachsen ist, bewegt vor allem eins: „dass die Jugend versteht, dass jeder das Recht auf Leben und gleiche Rechte hat“.

Weil sie Jüdin war, musste die Tochter sozialdemokra-

tischer Eltern ihre gymnasiale Ausbildung abbrechen, Zwangsarbeit leisten und sich mit ihrer Mutter zweieinhalb Jahre bei Freunden verstecken, um zu überleben. Eine Zuflucht in finsterner Zeit war Otto Weidt, der während des Zweiten Weltkriegs in seiner Bürstenwerkstatt hauptsächlich blinde und gehörlose Juden beschäftigte und auch Inge Deutschkron einstellte,

obwohl die Nazis Büroarbeit für Juden strengstens verboten hatten.

Am authentischen Ort, im Hinterhof der Rosenthaler Straße 39, gibt es nun ein Museum, das die Geschichte der Blindenwerkstatt Otto Weidt erzählt. Und im Frühjahr 2000 wurde unter dem Vorsitz von Inge Deutschkron der „Förderverein Blindes Vertrauen e.V.“ gegründet, dessen Ziel es ist, „zu zeigen, dass es auch im nationalsozialistischen Deutschland Menschen gegeben hat, die unter Einsatz ihres Lebens bereit waren, andere Menschen aus der Hand ihrer Mörder zu retten“. Informationen über den Schrecken des Nationalsozialismus vermitteln und dem Wiederaufleben rechtsradikaler Tendenzen entgegenwirken will auch die Inge-Deutschkron-Stiftung. Der Aufgabe, junge Menschen zu Toleranz und Zivilcourage ermutigen, widmet sich die Stifterin kämpferisch und temperamentvoll, so oft sie kann, noch höchstpersönlich.

Spenden an die Inge-Deutschkron-Stiftung können auf folgendes Konto überwiesen werden: Konto-Nr. 101 2617 100, Bankhaus Löffbecke, BLZ 100 305 00

U. W.



Inge Deutschkron beim Festakt zu ihrem 90. Geburtstag im Berliner Rathaus. Foto: Margrit Schmidt

Vorsicht: Pollen im Anflug

Mit dem Frühling kommen die Beschwerden: Wie können sich Allergiker am besten schützen?



Apfelblüten: Des einen Freud, des anderen Leid. Foto: Ulrich Horb

Da ist es wieder, dieses Kribbeln in der Nase. Das Atmen fällt schwerer, die Augen jucken. Allergiker brauchen keine Blüten zu sehen, um zu wissen: Jetzt ist der Frühling da. Irgendetwas fliegt fast immer. Pollen von Erle und Haselnuss sind bereits ab Januar in der Luft. Aber von März an kommen immer mehr dazu, darunter Ulmen, Weiden oder Pappeln. Im April und Mai wollen sich Ahorn, Birke und Eiche vermehren, ab Mai schwirren Gräserpollen durch die Lüfte. Nur im November und Dezember können Allergiker halbwegs aufatmen. Allerdings: Wer beispielsweise gegen Birkenpollen allergisch

ist, verträgt häufig auch Nahrungsmittel wie Haselnüsse oder Kernobst nicht. An den zum Teil heftigen Abwehrreaktionen des Körpers auf natürliche Stoffe leiden bis zu 30 Millionen Deutsche, allein neun Millionen haben Heuschnupfen. Haut und Schleimhäute tragen die Hauptlast dieses fehlgeleiteten Abwehrkampfes. Die Anlage dazu kann vererbt werden. Die Zunahme von Heuschnupfen oder Nahrungs- und Medikamentenallergien erklären Ärzte mit der ausgeprägten Hygiene, die das Immunsystem von Kindern wenig natürlicher Belastung aussetzt, aber auch mit stärkeren Umweltbelastungen. Heilen lassen sich Allergien nicht. So bleibt als erste wichtige Maßnahme der Allergietest beim Hautarzt, um zu wissen, auf welche Stoffe der Körper überhaupt reagiert. Dazu werden auf Rücken oder Arm verschiedene allergieauslösende Substanzen aufgetupft und die Haut leicht eingeritzt. Rötung oder Schwellung zeigt dann die jeweilige Empfänglichkeit an. Mit diesem Wissen können Allergiker auf bestimmte Lebensmittel verzichten, Besuche bei Katzenfreunden vermeiden, Schimmel aufspüren und beseitigen oder der Hausstaubmilbe das Leben schwer machen. Linderung gegen Heuschnupfen oder Hautausschläge bieten Medikamente mit Wirkstoffen wie Loratadin oder Cetirizin, die das vom Körper freigesetzte Histamin blockieren. In Tablettenform gibt es sie von mehreren Anbietern frei verkäuflich in der Apotheke zu sehr unterschiedlichen Preisen. Solche Antihistaminika bieten als Augentropfen oder Nasenspray auch lokale Linderung. Reichen diese Mittel nicht aus, kann ein Arzt auch neu entwickelte Antihistaminika der dritten Generation verschreiben. Etwas anders wirken sogenannte Mastzellstabilisatoren wie etwa die Cromoglicinsäure, die es ebenfalls als Tropfen

und Spray für Augen oder Nase gibt. Sie sorgen dafür, dass das Beschwerden verursachende Histamin gar nicht erst freigesetzt wird, müssen also frühzeitig angewandt werden. Eine länger andauernde Wirkung soll mit der Hypo-sensibilisierung erreicht werden. Dabei wird der Patient in dosierter Form den allergieauslösenden Stoffen ausgesetzt, um sich an sie zu gewöhnen. In der Vergangenheit mussten Ärzte die individuell zusammengestellten Präparate über mehrere Wochen und Monate mit Spritzen verabreichen. Inzwischen gibt es auch Tropfen oder Tabletten zur Einnahme. Solche Verfahren können auch verhindern, dass aus einem Heuschnupfen ein allergisches Asthma wird. U.H.

Pollenflug im Jahresüberblick:
www.pollenflug.de

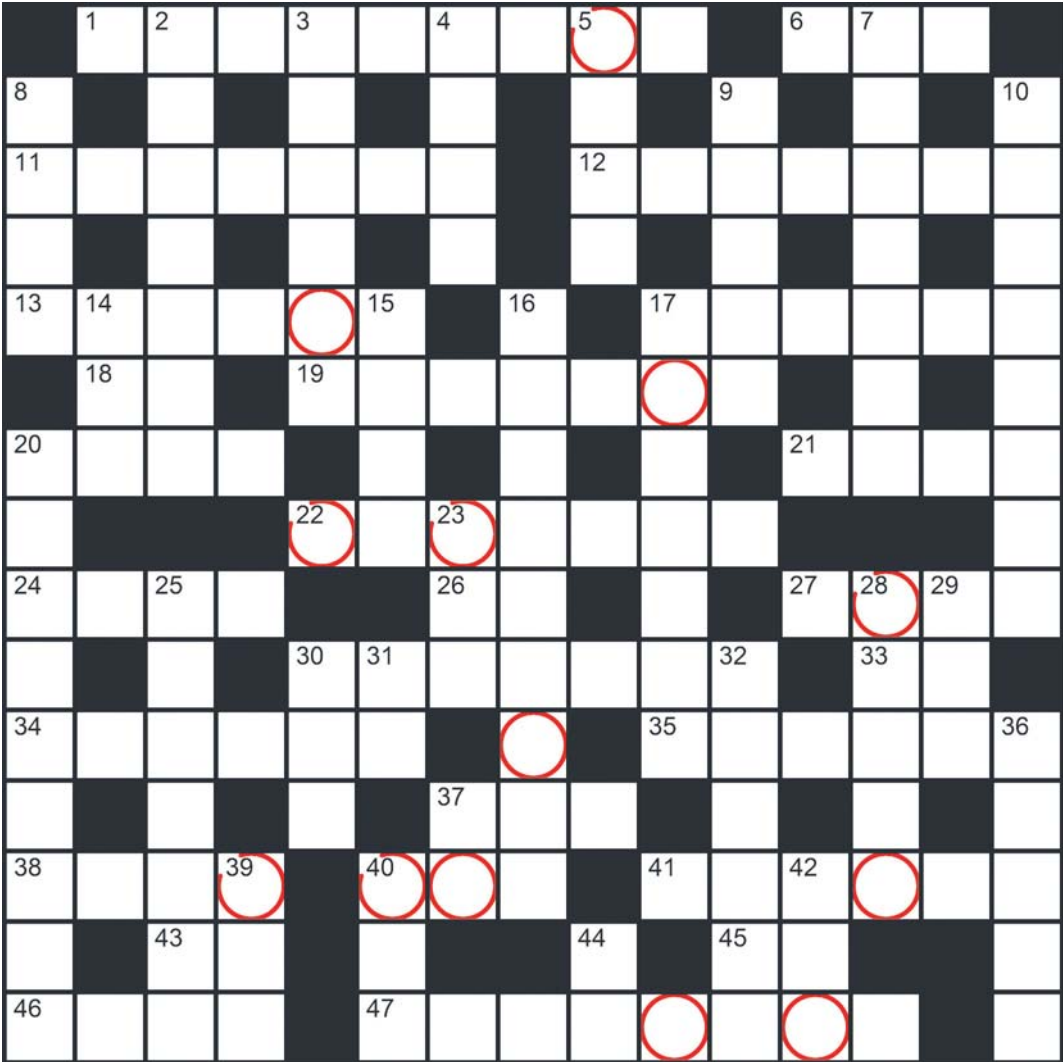
Berliner Preisrätsel

ZU GEWINNEN: 10 Jahreskarten für die Humboldt-Box

- WAAGERECHT**

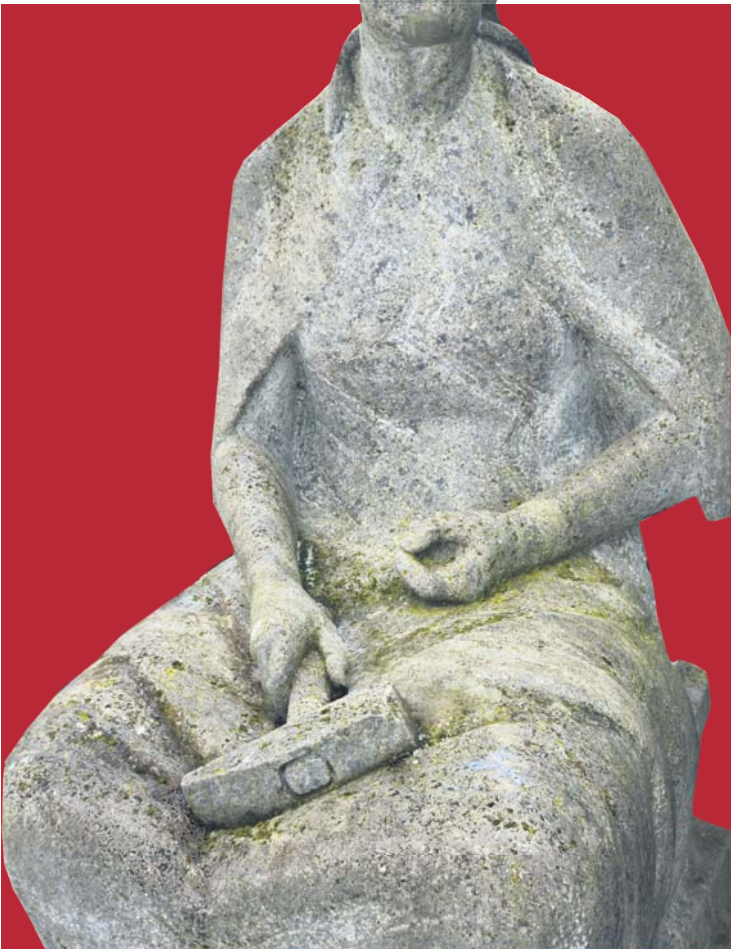
 - 1 Berlins einzige Bezirksbürgermeisterin (Umlaut=1 Buchstabe)
 - 6 Französischer Freund
 - 11 Der in das Blasinstrument pustet
 - 12 Nachplappernder Vogel
 - 13 Mode präsentieren, Geld verdienen
 - 17 Musikalischer Single
 - 18 Algerischer Dinar (Abk.)
 - 19 Organismus mit einer Mutation
 - 20 Lieferant umstrittener Pelze
 - 21 Südostasiatische Fluglinie
 - 22 Lösbare Verbindung zwischen Rohren
- 24 Unangenehm auf Kölsch
 - 26 Montenegro im Internet
 - 27 Filmaufnahme (Schauspielerjargon)
 - 30 Gewässer zwischen Japan, Nordkorea, Russland und Südkorea
 - 33 Da staune ich aber
 - 34 Zornig
 - 35 Lausejunge (Umlaut=1 Buchstabe)
 - 37 Weiblicher Vorname & Berliner Kindergartenenträger
 - 38 Kletterpflanze
 - 40 Abschnitt auf der Desoxyribonukleinsäure (DNA)
 - 41 Gekonntes Spötteln
- 43 Ist jeder, der nicht out ist
 - 45 ... nun wieder
 - 46 Schweizer Flussbarsch
 - 47 Ihr Denkmal wurde neulich mit Spätzle verunziert

- SENKRECHT**
- 2 Käsesorte - ursprünglich aus Südwestengland
 - 3 Gefährliche Schicht auf Wasser od. Straße (Umlaut = 1 Buchstabe)
 - 4 Brutto minus netto
 - 5 Ihr Laub zittert wie ein Angsthas
 - 7 Vielleicht, vielleicht aber auch nicht (Umlaut = 1 Buchstabe)



- 8 Mails für den Müll
- 9 Atemstillstand
- 10 Die vielleicht berühmteste Berliner Schauspielerin mit US-Hintergrund
- 14 Bobbie Gentrys Song für Billie Joe
- 15 Einzige reelle Zahl, die weder positiv noch negativ ist
- 16 Berliner Kultkomikerin († 1991)
- 17 Stahlstift zum Gravieren
- 20 Die wahrscheinlich schönste Berlinerin
- 23 Öffentliche Dienststelle
- 25 Ein Stück einer Hinterlassenschaft
- 28 Oft dickleibige Erzählung
- 29 Staatlich abgesegnete Paargemeinschaft
- 30 Himmelsrichtung
- 31 Durfte man früher nicht trennen, weil es tat ihm furchtbar weh
- 32 In Österreich heißt die Speise Eierschmalz
- 36 Da legst di nieda in Lüttich!
- 37 Internet Explorer in Kürze
- 39 Einfarbige Hochschule
- 40 Gehört neuerdings zur Barmer Ersatzkasse
- 42 Platz
- 44 Vorname eines Umweltschützers und ehem. US-Vizepräsidenten

DIE GEWINNE
In die richtige Reihenfolge gebracht, ergeben die rot umkreisten Buchstaben ein globales Datum, das an Gleichberechtigung und allgemeines Wahlrecht erinnert. Bitte schicken Sie dieses Lösungswort auf einer Postkarte bis zum 8. April 2013 an das Berliner Stadtblatt, Müllerstr. 163, 13353 Berlin oder per E-Mail an raetsel@berliner-stadtblatt.de. Unter allen richtigen Einsendungen verlosen wir 10 Jahreskarten für die Humboldt-Box Unter den Linden. Dort wird gezeigt, dass das künftige Humboldt-Forum weit mehr als ein Schloss-Nachbau sein wird. Im Restaurant der Humboldt-Box erhalten Jahreskartenbesitzer 10% Rabatt.



Bilderrätsel

AN WEN ERINNERT DIE FRAU MIT DEM HAMMER?

Im April 1955 wurde diese Muschelkalkfigur in einem Berliner Park feierlich der Öffentlichkeit übergeben. An welche besondere Gruppe von Berlinerinnen erinnert die Frau mit dem Hammer?
Das Berliner Stadtblatt verlost unter den richtigen Einsendungen zum Bilderrätsel 3 x 2 Eintrittskarten für das Kleine Theater am Südwestkorso. Dort läuft u.a. derzeit die Revue der Stunde Null „Schwarzer Jahrmarkt“ von Günter Neumann. Einsendeschluss ist der 8. April 2013 (per Post an das Berliner Stadtblatt, Müllerstraße 163, 13353 Berlin oder per E-Mail an raetsel@berliner-stadtblatt.de).

RÄTSEL-LÖSUNGEN UNSERER AUSGABE DEZEMBER 2012
Lösungswort des Kreuzworträtsels: **ABGEORDNETENHAUS.**
Bilderrätsel: Die abgebildete Hirschfigur (der „Goldene Hirsch“) steht auf einer Säule im Rudolph-Wilde-Park in Schöneberg in unmittelbarer Nachbarschaft zum Rathaus. Die Gewinner der Rätsel wurden schriftlich benachrichtigt.



Roter Schuh und klare Ziele

Der Bundestagskandidat persönlich: Matthias Schmidt im Interview - Fortsetzung von Seite 1

Was wollen Sie für Treptow-Köpenick im Bundestag erreichen?

Ich möchte klar machen, dass es Probleme im Bezirk gibt, die sich nur mit Hilfe der Bundespolitik lösen lassen. Und ich möchte erklären, welche Auswirkungen die Bundespolitik auf unseren Bezirk und die Bürgerinnen und Bürger hat.

Peer Steinbrück erlebt in der Presse eine schwere Zeit. Wie wollen Sie persönlich aus diesem Umfragetief heraus?

Sie sagen es: UmfrageTIEF! Das heißt, es geht jetzt aufwärts für unsere Partei und unsere Ziele. Peer Steinbrück ist derzeit Zielscheibe der Medien, das wird sich aber noch ändern. Was dort mitunter als ungeschickt und aneckend dargestellt wird, ist in Wirklichkeit authentisch und ehrlich - und kommt so auch bei den Bürgerinnen und Bürgern an. Er spricht Tatsachen an, die manche lieber nicht oder nur weichgespült hören wollen. Ich habe mit Peer Steinbrück gesprochen und er hat Recht,

dass viel zu viele Menschen von ihrer Arbeit nicht leben können. Ich trete wie er für sozialdemokratische Politik ein: Wer arbeitet, muss von seiner Arbeit leben können und wer sein Leben lang gearbeitet hat, muss von seiner Rente leben können. Ich bin überzeugt, dass Peer Steinbrück der Richtige ist, dieses als Bundeskanzler umzusetzen. Seine Politik erhält viel Zustimmung, die sich nicht nur aus Unzufriedenheit über schwarz-gelbes Lavieren speist.

Ein Wort zu Ihren Mitbewerbern um das Direktmandat im Bezirk?

Die Kandidaten der CDU und der Grünen machen - bei gelegentlich unterschiedlicher Auffassung in Sachthemen - gute Arbeit im Abgeordnetenhaus. Die Wahlperiode ist noch lange nicht vorbei und ich meine, sie sollten noch ein paar Jahre dort wirken dürfen.

Bisher hat Gregor Gysi den Wahlkreis direkt gewonnen.

Gewonnen, aber nicht verdient. Gregor Gysi ist ein unterhaltsamer Redner, ein



Matthias Schmidt ist SPD-Bundestagskandidat in Treptow-Köpenick.

Foto: SPD TK

fairer Mitbewerber - wie übrigens die Kandidaten der anderen Parteien auch. Aber er bleibt eine umstrittene Persönlichkeit und von einem Wahlkreisabgeordneten muss man mehr erwarten. Ich bin überzeugt, dass unser Bezirk

eine bessere Vertretung im Bund verdient hat und auch benötigt. Mein Arbeitsstil ist team- und sachorientiert und ich möchte mich nur daran messen lassen, wie ich den Wahlkreis vertrete. Denn hier sind meine Heimat, meine po-

litischen Schwerpunkte und meine Aufgaben in den kommenden Jahren.

Eine bessere Treptow-Köpenicker Stimme im Bundestag? Wer macht's?

Na, wer wohl? „Schmidt macht's.“

MELDUNGEN

FAMILIE UND POLITIK

Der Politische Frühschoppen der SPD Treptow-Köpenick hat am 10. März das Thema „Zerreißprobe Familie - Wohin steuert die Politik?“ Referenten sind Caren Marks, familienpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, Miriam Hoheisel vom Verband für Alleinerziehende Mütter und Väter, Matthias Schmidt, Bundestagskandidat für Treptow-Köpenick und als Mitglied des Abgeordnetenhauses Renate Harant. Die Diskussion beginnt um 10 Uhr im Ratskeller Köpenick, Alt-Köpenick 21.

PREISSKAT

Am 28.3. (Gründonnerstag) ab 18 Uhr veranstaltet die SPD Treptow-Köpenick Süd wieder einen Preisskat im

Café Liebig in Grünau in der Regattastraße 158 in Grünau. Spieler sind herzlich willkommen, eine Anmeldung ist nicht nötig.

LESBARES SCHILD

Drei Jahre war das Hinweisschild zur Dahmemündung auf der Insel der Altstadt Köpenick verschmiert und unlesbar. Nun hat das Bezirksamt auf Anfrage der Bezirksverordneten Gabriele Schmitz beschlossen, dieses künftig jährlich zu reinigen. Aufgrund des Vandalismus am Uferweg konnte auch die Informationstafel zum Endpunkt des Dahmeradweges nicht an der Dahmemündung angebracht werden. Es steht daher am Frauentog. Schmierereien bleiben künftig hoffentlich aus.

Treptow-Köpenick investiert

BBV hat Planung bis 2017 beschlossen

Die Bezirksverordnetenversammlung hat die Anmeldung zur Investitionsplanung 2013 bis 2017 an die Senatsverwaltung für Finanzen beschlossen. Damit sind die Weichen für Investitionen von etwa 9 Mio Euro jährlich gestellt. 24 der insgesamt 48 anwesenden Bezirksverordneten stimmten für die Planung, die Verordneten der Linken, Piraten und der NPD stimmten dagegen.

In der Planung stehen über 90 Maßnahmen. Die meisten Investitionen sind in den nächsten Jahren mit jährlich über 3,5 Mio Euro in den bezirklichen Gebäuden (Hochbau) geplant. Beispiele sind der Weiterbau der Mittelpunktbibliothek in der Alten Feuerwache in Niederschöneweide,

mehrere Erweiterungen und Sanierungen in Schulen, der Neubau von zwei Schulsporthallen, zwei Kunstrasenplätze auf Sportanlagen. Auch ist die Sanierung mehrerer maroder Wege in Grünanlagen, der Neubau eines Uferweges am Mellowpark und der Neubau von Spielplätzen in Altglienicke, Baumschulenweg, Köpenick und Alt-Treptow geplant.

Weiterer bedeutender Teil der Ausgaben ist in etwa gleicher Höhe der Tiefbaubereich. Hier sind überwiegend Straßenneubau und -sanierung vorgesehen. Dahinter stecken große Bauvorhaben wie die Spreebrücke von Baumschulenweg nach Oberschöneweide, die Ost-West-Trasse zur Umfahrung der Bahnhofstra-

ße, die Fertigstellung des Fürstenwalder Dammes, der Umbau der Baumschulenstraße, Dörpfeldstraße und Richterstraße zu fußgängerfreundlicheren Geschäftsstraßen, aber auch Sanierung und Umbau kleinerer Wohnstraßen, in denen die Sicherheitspflicht des Bezirkes ohne Sanierung nicht gewährleistet werden könnte.

Darüber hinaus sind in der Investitionsplanung die Lehrmittel aller bezirklichen Schulen, die Anschaffung von Fahrzeugen und Geräten und Technik für die bezirklichen Einrichtungen sowie Gelder für den Ankauf von Grundstücken enthalten. Die gesamte Investitionsplanung auf der Internetseite des Bezirkes:

www.treptow-koepnick.de

HEIMATMUSEUM

MEHR KOOPERATIONEN MIT SCHULEN

Museen sind Orte, in denen das Gedächtnis bewahrt und präsentiert wird. Sie sind Stätten der gesellschaftlichen Bildung, der individuellen Spurenlese und des kulturellen Genusses.

Sie tauchen die Besucher in die Lebenswelten von gestern und liefern wichtige Erklärungen für Gegenwart und Zukunft. Kurzum - Museen sind für unsere Bildungs- und Kulturlandschaft unerlässlich.

Das gilt für die großen Tempel der Weltgeschichte ebenso wie für die Heimatmuseen auch in Treptow-Köpenick, die spannend aufbereitet die Lokalgeschichte vor Ort präsentieren.

Gerade diese kleinen Museen stehen jedoch häufig vor gravierenden Problemen. Leere Kassen verengen die Handlungsspielräume und eine viel zu geringe Personalbesetzung reduziert die Kapazitäten für die enorm wichtige museumspädagogische Arbeit.

Eine der Folgen ist dann beispielsweise der Rückgang der Besucherzahlen. Lösungen gestalten sich oft schwierig.

Ein Ansatz besteht in der Nutzung von Synergieeffekten, die sich durch Kooperationen mit den Schulen ergeben. Die SPD hat sich deshalb dafür eingesetzt, dass Kooperationen zwischen Schulen und den Heimatmuseen in Treptow-Köpenick in Zukunft stärker befördert und ausgebaut werden. Davon sind positive Effekte für beide Seiten zu erwarten. Unterricht kann an Anschaulichkeit gewinnen, wenn die Museen ihre Schätze präsentieren. Und vielleicht kommen die Schülerinnen und Schüler mit ihren Eltern wieder.

Stilles Gedenken zum 15. Todestag

Vertrauen in die Demokratie geschaffen: 1990 wurde Michael Brückner zum Treptower Bürgermeister gewählt

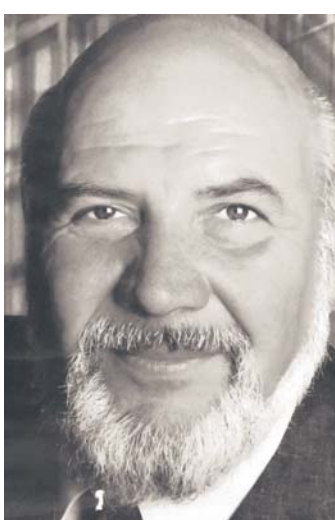
Am 14. März jährt sich schon zum 15. Mal der Todestag des viel zu früh verstorbenen ehemaligen Treptower Bezirksbürgermeisters Michael Brückner.

Der Elektro-Ingenieur Brückner war 1990 zum ersten frei gewählten Bezirksbürgermeister Treptows nach der friedlichen Revolution gewählt worden.

Seit November 1989 war Michael Brückner, der aus einem sozialdemokratisch geprägten Elternhaus stammte, Mitglied der SDP und baute den Ortsverein Niederschöne-

weide auf. Im April 1990 entschied eine Vollversammlung der Sozialdemokraten in Treptow, den Investbauleiter des Funkwerkes Köpenick als Kandidaten für das Amt des Bezirksbürgermeisters aufzustellen. Brückner kannte „die normalen Leute“, strahlte Ruhe und Sicherheit aus, zeigte aber auch Durchsetzungsvermögen.

Das überzeugte die SPD-Basis und später auch die Wählerinnen und Wähler. Eine Mehrheit aus SPD, CDU und Grünen in der BBV wählte Brückner am 31. Mai



Michael Brückner wurde 1990 Treptower Bürgermeister.

1990 zum Bezirksbürgermeister.

Die Probleme nach der Wende waren drängend: die Verwaltung musste umgebaut, die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion vorbereitet, die Wohnraumknappheit bewältigt werden.

Als seine wichtigsten Ziele nannte Michael Brückner daneben die Beseitigung der vielen Sackgassen durch einen Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, der Aufbau eines „gläsernen“ Rathauses, das für alle Bürgerinnen und Bürger offen ist und eine gute Zu-

sammenarbeit mit anderen Städten und Gemeinden, vor allem mit den Brandenburger Nachbarn.

In seiner Amtszeit beförderte er dann vor allem den Ausbau des Wirtschafts- und Wissenschaftsstandortes Adlershof sowie den Um- und Neubau von Wohngebieten in Altglienicke und an der Elsenstraße.

Michael Brückner ist es innerhalb kürzester Zeit gelungen, Vertrauen in die Demokratie aufzubauen und dem Bezirk Treptow ein neues Gesicht zu geben: mit einer

bürgerfreundlicheren Verwaltung und neuen Arbeitsplätzen in Wirtschaft und Wissenschaft. Diese Verdienste bleiben unvergessen.

Zur Erinnerung an Michael Brückner sind in Niederschöneweide eine Straße und das Bürgeramt nach ihm benannt worden.

1998 starb Michael Brückner im Alter von 58 Jahren. Sein Todestag wird mit einem stillen Gedenken an seinem Grab auf dem Adlershofer Friedhof am 14. März um 13 Uhr begangen. Hierzu sind alle herzlich eingeladen.



AUS DER BVV

STEG AM FRAUENTOG

In der Altstadt Köpenick soll als touristische Attraktion wieder ein Steg errichtet werden. Nach Gesprächen mit Anwohnern verständigte sich das Bezirksamt auf einen höchsten 24 Meter langen Steg am Frauentog. Er soll gemeinsam mit dem daneben liegenden Restaurantgebäude betrieben werden. Dazu wurden Interessenten aufgefordert, Konzepte einzureichen.

Die Steganlage soll spätestens im Sommer in Betrieb gehen.

GRILLEN IN PARKS

Die Brutzelsaison beginnt in Kürze. Auch in diesem Jahr ist das Grillen am Schlesischen Busch sowie auf der Grillfläche im Landschaftspark Johannisthal erlaubt.

Im Gartendenkmal Treptower Park bleibt das Grillen verboten. Das Ordnungsamt wird mit Informationsflyern über die Möglichkeiten, aber auch das Verbot informieren.

MAERKER SORGT FÜR ORDNUNG

Ein Schlagloch, eine defekte Straßenlaterne, ein beschmierter Gebäude – diese und andere Hinweise sollen die Bürgerinnen und Bürger künftig über ein Internetportal dem Ordnungsamt melden können.

Das Projekt „Maerker“ wurde bereits erfolgreich in Brandenburg und Lichtenberg eingesetzt. Im Internet lässt sich auch öffentlich der Bearbeitungsstand der Hinweise nachvollziehen. So sind alle Bürgerinnen und Bürger informiert, was mit den Hinweisen geschehen ist.

BÜRGERAMT WIEDERERÖFFNET

Nach einer Sanierung ist das Bürgeramt im Rathaus Köpenick Anfang März wieder eröffnet worden. Seit Herbst war wegen der Bauarbeiten nur das Bürgeramt in Schöneeweide geöffnet.

In einem modernen Ambiente und mit aktueller Technik ausgestattet, werden die Bürgerinnen und Bürger nun auch wieder in Köpenick bedient.

AUTOREN

An dieser Ausgabe des Spreekurier arbeiteten mit:

Renate Harant, Oliver Igel, Matthias Schmidt, Gabriele Schmitz, Ralf Thies, Ursula Walker, Karin Zehrer

Sterben jetzt die Supermärkte?

Leere Läden in der Lindenstraße



Lindenstraße: von allen Discountern verlassen. Foto: Bahlmann

Rund um die Köpenicker Lindenstraße herrscht Ärger: In den letzten Jahren haben alle Supermärkte geschlossen, zuletzt der Lidl-Markt.

Das bedeutet für die überwiegend ältere Bevölkerung weite Wege zum Forum oder in die Altstadt, um die wichtigsten Lebensmittel einkaufen zu können. Bezirksbürgermeister Oliver Igel hatte sich direkt an das Unternehmen gewandt. Dabei erfuhr er auch von der Schließung einer weiteren Filiale an der Schnellerstraße.

„Das soziale Umfeld scheint nicht zu interessieren. Erst gab es Discounter an jeder Ecke, jetzt merkt man, dass ein Stück Butter nur einmal gekauft werden kann“, ärgert sich Igel. Der Bezirk hatte frühzeitig gewarnt, das Baurecht gibt aber erst seit kurzem die Möglichkeit, Einzelhandelsansiedlungen zu beschränken, um bestehende Märkte nicht zu gefährden. Jetzt, glaubt Oliver Igel, könnten wohl nur noch direkte Beschwerden bei den Discountern helfen.

Was kostet eigentlich eine Schaukel für den Spielplatz?

Die Kiezkassen starten: Transparenz beim Bezirkshaushalt

„So teuer ist eine Schaukel“ - Erstaunen bei den Bürgerinnen und Bürgern in der Versammlung zu den Kiezkassen.

Eine TÜV-geprüfte Schaukel und ihre sichere Verankerung kostet tatsächlich über 1000 Euro, darin sind die Kosten für die laufende Sicherheitsprüfung noch nicht enthalten. Derzeit beraten Mitglieder der BVV Treptow-Köpenick als Kiezpaten mit den Einwohnern

über die Mittelverwendung. 50.000€ stellt der Bezirk im Haushaltsjahr 2013 zur Verfügung und wagt einen neuen Versuch der Bürgerbeteiligung am Bezirkshaushalt.

Aufgeteilt auf die 20 Ortsteile bedeutet das für jeden Ortsteil zwischen 1250 und 5200 €, je nach Einwohnerstärke. In ein oder zwei Versammlungen sollen sich die Anwohner mehrheitlich über die Mittelverwen-

dung verständigen. Einige Ortsteile haben schon getagt, die meisten Termine sind erst in den folgenden Wochen. Bisher, so der SPD-Fraktionsvorsitzende in Treptow-Köpenick Matthias Schmidt, wurden gute Erfahrungen gemacht. Es gehe nicht nur um die Gelder, sondern auch um die Etablierung ortsteilbezogener Arbeit und den Austausch der Bürgerinnen und Bürger.

NOTIZEN AUS TREPTOW-KÖPENICK

BÜRGERMEDAILLE

Für besondere Verdienste um den Bezirk verleiht Treptow-Köpenick Bürgermedaillen an ehrenamtlich Engagierte. Die Preisträger werden von einer Jury aus Persönlichkeiten aus dem Bereich Wirtschaft, Kultur, Sport, Soziales, Jugend und des Bezirksamtes ausgewählt. Bis zum 29. März können Vorschläge mit Begründung an das Büro des Bezirksbürgermeisters, Frau Kirmse,

Postfach 910240, 12414 Berlin, eingereicht werden.

JUNGE MUSIK

Am 16. März wird der Landeswettbewerb in den Kategorien „Gesang (Pop) solo“ und „Gitarren-Duo und Band (Rock und Pop)“ ab 11 Uhr in der Joseph-Schmidt-Musikschule in der Adlershofer Hans-Schmidt-Straße ausgetragen. Bürgerinnen und Bürger sind herzlich eingeladen.

POST SUCHT

Für die vor der Schließung stehende Postfiliale im Sternendamm 107 in Johannisthal wird ein Ersatz gesucht, teilte die Deutsche Post mit. Die Filiale soll zum 30. Juni geschlossen werden. Derzeit sucht die Post in der Umgebung nach Partnern im Einzelhandel, um in Johannisthal weiter ein Angebot an Postdienstleistungen aufrecht zu erhalten.



Eine Stele erinnert seit 2009 im Bezirk an den Friedrichshagener Otto Wels.

Ein Friedrichshagener

Otto Wels erhob die Stimme gegen die Nazis

Die Rede von Otto Wels gegen das Ermächtigungsgesetz der Nazis kennen viele. Aber wer weiss, wie lange er in Friedrichshagen lebte und dass er bereits im Mai 1933 Berlin verlassen musste?

Die SPD Treptow-Köpenick hat 2009 an seinem 70. Todestag eine Gedenkstele in der Bölschestraße aufgestellt, Gerhard Schröder hielt damals eine Gedenkrede. Aber im Bewusstsein der Menschen in Treptow-Köpenick ist Otto Wels sicherlich nicht als einer der ihren verankert.

Dabei hat Wels mindestens seit 1922 dort gelebt und auch

bei der damals mitgliederstarken SPD in Köpenick mitgewirkt. Seit 1919 war er einer der Parteivorsitzenden.

Otto Wels führte ab 1933 zunächst in Saarbrücken, dann mehrere Jahre in Prag und bis zu seinem Tod im September 1939 in Paris die SOPADE, die Exilorganisation der deutschen Sozialdemokraten. Nach Berlin und nach Friedrichshagen konnte er nie wieder zurückkommen, begraben ist er in Paris.

In diesem Jahr jährt sich nun sein Geburtstag zum 120. Mal und die bis heute beachtete Rede zum 80. Mal. Ein Anlass,

um mehr Erinnerung und Andenken an diesen mutigen Sozialdemokraten auf den Weg zu bringen.

Auch ein Thema in Friedrichshagen? Gibt es vor Ort noch Menschen, die sich an ihn erinnern oder an Erzählungen in ihrer Familie über ihn? Und gibt es Erinnerungen an andere sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete, die in Köpenick Opfer der Blutwoche wurden oder fliehen mussten?

Die SPD veranstaltet am 23. März um 14.30 Uhr eine Gedenkveranstaltung an der Stele in Friedrichshagen, Bölschestraße 27-30 in 12587 Berlin.

Gute Ausbildung für gute Schulen

Lehrerbildung entscheidet über Erfolg

Seit Monaten wird in Berlin an einem neuen Lehrerbildungsgesetz gearbeitet. Dieses ist besonders wichtig, weil die Lehrperson der entscheidende Faktor für den Bildungserfolg eines Kindes ist, beginnend in der Grundschule. Darum brauchen wir in den Schulen Fachkräfte, die gut auf ihren Beruf vorbereitet sind.

Das neue Lehrerbildungsgesetz wird an einigen Punkten neue Schwerpunkte setzen. Es orientiert sich an der zweigleisigen Schulstruktur und sieht nur noch drei Lehrämter vor: Grundschullehrer (Klasse 1-6), Oberschullehrer (Klasse 7-12/13) und Berufsschullehrer. Außerdem wird die Vorbereitung auf die Berufspraxis, also die Bewährung im Klassenzimmer vor den Schülerinnen

und Schülern, im Studium eine viel größere Rolle spielen.

Neu ist auch, dass Studierende Anleitung in Sonderpädagogik bekommen, um auch Kinder mit Behinderungen, die in Zukunft vermehrt in der Regelschule lernen werden, gut fördern zu können.

Das Lehrerbildungsgesetz ist ein Landesgesetz, das nur in Berlin gilt. Weil die Bildungspolitik in die Zuständigkeit der Länder fällt, kann jedes Bundesland bei der Bildung eigene Wege gehen.

Die SPD will das ändern. Sie fordert eine größere Einheitlichkeit in diesem Bereich, damit Schulabschlüsse vergleichbar sind und der Umzug mit schulpflichtigen Kindern innerhalb Deutschlands einfacher wird.



Will die Lehrerausbildung in Berlin verbessern: Bildungssenatorin Sandra Scheeres. Foto Schulenberg